

Klimaschutz | 12.03.2015 | Lesezeit 4 Min.

Letzte Ausfahrt Paris?

Im November wird die Staatengemeinschaft in Paris erneut versuchen, ein globales Abkommen zum Klimaschutz festzuzurren. Das wäre auch dringend notwendig, denn nationale Alleingänge helfen dem Weltklima wenig - und Vorreiter wie Deutschland riskieren Nachteile im internationalen Wettbewerb.

So viel ist sicher: Um den Klimawandel zu stoppen, gilt es, die Emissionen von Treibhausgasen so stark wie möglich zu begrenzen - vor allem jene des klimaschädigenden Kohlendioxids (CO₂), das insbesondere bei der Erzeugung von Energie entsteht.

Klar ist auch, dass das Klima eine globale Angelegenheit ist - und daher nur mit weltweiten Anstrengungen geschützt werden kann. Doch genau daran hapert es. Seit 1992 unter dem Dach der Vereinten Nationen die Klimarahmenkonvention verabschiedet wurde, haben nur wenige Staaten mit dem CO₂-Sparen Ernst gemacht.

Zwar war das Abkommen von Kyoto im Jahr 1997 ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Industriestaaten sicherten damals zu, ihre Produktion von Treibhausgasen bis zum Zeitraum 2008 bis 2012 um mindestens gut 5 Prozent gegenüber 1990 zu verringern. Die EU verpflichtete sich auf eine Minderung um insgesamt 8 Prozent, Deutschland wollte sogar 21 Prozent einsparen. Große Emittenten wie die USA und China machten bei „Kyoto I“ allerdings nicht mit.

In den Folgejahren gab es immer wieder Anstrengungen, mehr Länder zum gemeinsamen Vorgehen gegen den Klimawandel zu bewegen. Doch weder 2009 in Kopenhagen noch 2010 in Cancun oder 2011 in Durban waren die Klimagipfel in puncto Einsparziele erfolgreich.

In Doha musste 2012 schließlich ein Minimalkonsens genügen: Das Kyoto-Protokoll wurde mit neuen Sparvorgaben bis 2020 verlängert – aber nur mit erheblichen Abstrichen. So ist Kanada bei „Kyoto II“ gar nicht mehr dabei, Russland, Japan und Neuseeland wollten sich auf keine weiteren Reduktionsziele einlassen.

Dass die bisherigen Abkommen für einen wirksamen Klimaschutz nicht ausreichen, zeigt ein Blick auf die Entwicklung des weltweiten CO₂-Ausstoßes, der von 2002 bis 2013 um 30 Prozent gestiegen ist. In einigen großen Schwellenländern war der Zuwachs sogar noch viel höher (Grafiken):

In China stiegen die CO₂-Emissionen von 2002 bis 2013 um 167 Prozent – so stark wie in keinem anderen Land. Die zweitgrößte Zunahme verzeichnete Indien mit 85 Prozent.



Die USA und die EU dagegen haben ihren Kohlendioxid-Ausstoß seit Beginn der 1990er Jahre um jeweils fast 10 Prozent reduziert.

Diese gegenläufigen Trends haben dazu geführt, dass China seit 2005 der größte Emittent von CO₂ ist:

Mit rund zehn Milliarden Tonnen entfielen im Jahr 2013 fast 30 Prozent der globalen CO₂-Emissionen

auf das Reich der Mitte – die zweitplatzierten USA kamen „nur“ noch auf fünf Milliarden Tonnen beziehungsweise 15 Prozent.

Mit Indien und Russland gehören inzwischen zwei weitere Schwellenländer zu den größten Treibhausgasproduzenten. Doch gerade die aufstrebenden Länder pochen in den Verhandlungen über den Klimaschutz auf ihr Recht, sich wirtschaftlich weiterzuentwickeln. Damit rechtfertigen die Schwellenländer auch höhere CO₂-Emissionen.

Die Vorzeichen für den kommenden Gipfel in Paris sind also alles andere als günstig. In der französischen Hauptstadt soll im November endlich ein Abkommen verabschiedet werden, das alle Länder bis 2030 zum Kampf gegen den Klimawandel verpflichtet. Doch bislang zeigen sich die Verhandlungspartner sehr unterschiedlich engagiert:

Die EU-Staaten haben schon zugesagt, ihre Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 40 Prozent zu reduzieren. Die USA versprechen eine Verringerung um 26 bis 28 Prozent gegenüber von 2005. China will seine CO₂-Emissionen zwar ebenfalls senken – aber erst nach 2030.



Von einer einheitlichen Linie sind die Staaten also noch weit entfernt. Nun soll jedes Land erst einmal formlos melden, was es gegen den Klimawandel zu tun gedenkt.

Echte Fortschritte beim Klimaschutz kann es jedenfalls nicht geben, solange sich viele Länder nicht beteiligen. Hinzu kommt: In jenen Staaten, die Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen, entstehen den Unternehmen in der Regel zusätzliche Kosten, die ihre Konkurrenten anderswo nicht zu tragen haben. Die Folge sind Wettbewerbsnachteile, die im schlimmsten Fall zur Abwanderung größerer Firmen ins Ausland führen – wo sie mit höheren Emissionen weiterproduzieren.

Dies kümmert die Bundesregierung anscheinend wenig – allzu groß ist der Wunsch, Deutschland als Musterschüler in Sachen Klimaschutz zu präsentieren. Und so hat der Bund die EU-Vorgabe, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 32 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, auf 40 Prozent hochgeschraubt.

Weil nach heutigem Stand aber nur ein Abbau um 32 bis 34 Prozent realistisch ist, hat das Bundesumweltministerium eilig ein zusätzliches Aktionsprogramm erstellt. Demnach soll auch der Stromsektor weitere 22 Millionen Tonnen CO₂ einsparen.

Das bringt jedoch nicht viel. Denn die Emissionen im Energiebereich sind über den Emissionshandel bereits gedeckelt (Kasten). Jede Tonne Treibhausgas, die Betriebe in Deutschland einsparen, wird anderswo in der EU wieder hinausgepustet.

Wird das Aktionsprogramm dennoch wie geplant umgesetzt, müssen die deutschen Stromkunden wohl einmal mehr draufzahlen. Denn die neuen Sparziele ließen sich vermutlich nur erreichen, wenn günstige Kohlekraftwerke durch teurere Technologien ersetzt würden.

Emissionshandel

Seit 2005 werden die CO₂-Emissionen der EU-Staaten sowie Norwegens, Islands und Liechtensteins über das europäische Emissionshandelssystem gedeckelt. Einbezogen sind die Energiewirtschaft, der Luftverkehr sowie Teile der Industrie und damit insgesamt rund 45 Prozent aller Treibhausgas-Emissionen der EU. Kernstück des Systems sind Zertifikate, die jeweils zur Emission von einer Tonne CO₂ berechtigen. Deren Preis bildet sich durch den Handel am Markt. Die Zahl der Zertifikate wurde 2010 auf rund 2,2 Milliarden festgesetzt und wird seitdem um 1,74 Prozent pro Jahr reduziert. Dadurch sinkt der CO₂-Ausstoß bis 2020 gegenüber 2005 um 21 Prozent.

Ab 2021 soll die Zertifikatsmenge sogar um 2,2 Prozent pro Jahr verringert werden. Weil aber der Zertifikatspreis 2014 aufgrund der schwachen Konjunktur in Europa zeitweise auf weniger als 5 Euro je Tonne CO₂ gefallen ist, hält die EU-Kommission bereits heute 900 Millionen Zertifikate vorläufig zurück und plant weitere Reformen.

Kernaussagen in Kürze:

- In China stiegen die CO₂-Emissionen von 2002 bis 2013 um 167 Prozent und damit so stark wie in keinem anderen Land.
- Seit 2005 ist China der größte Treibhausgas-Emittent - mit rund zehn Milliarden Tonnen entfielen im Jahr 2013 fast 30 Prozent der globalen CO₂-Emissionen auf das Reich der Mitte.
- Im Vorfeld des Klimagipfels von Paris zeigen sich die Verhandlungspartner sehr unterschiedlich engagiert - während zum Beispiel die EU-Staaten schon zugesagt haben, ihre Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 40 Prozent zu reduzieren, will China seine Emissionen erst nach 2030 senken.